

**Niederschrift über die Sitzung des  
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 11. Juli 2012**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Beutel, Jäger, Oswald, Schwarz, Theile, Wittner	(CDU)
Oettinger, Riedel, Röger, Schäf	(SPD)
Hofer, Treiber, Prof. Dr. Weller	(FDP-FW)
Dannenmann, Ellwanger, Escher, A. Ulrich	(Freie Wähler)
Dr. Fleischer, Sturm	(GRÜNE)

Die stv. Ausschussmitglieder:

Heissenberger	(CDU)
Pauli	(SPD)
Wilhelm	(FDP-FW)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich  
Dezernent Bauer  
Kreiskämmerer Geißler  
Regierungsrat Dr. Sigel  
Hr. Frank, GB Verkehr

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 13:30 Uhr

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:35 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:23 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 14:32 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:20 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 16:50 Uhr

**§ 1**

Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Umwelt- und Verkehrsausschusses  
Drucksache 2012-57-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kreisrat Klaus Riedel wird zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Umwelt- und Verkehrsausschusses gewählt.

Auszüge:  
2 Kreistagsgeschäftsstelle

## § 2

### VVS-Tarife 2013

#### Drucksache 2012-58-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, es sei vorgeschlagen worden, den Gemeinschaftstarif um insgesamt 2,9 % anzupassen. Der VVS schätze dies als marktverträglich ein, zumal andere Verbünde zwischen 3 und 4 % erhöhen würden. Das zweistufige Verfahren sehe wie bisher vor, dass nach der Sommerpause festgelegt werde, wie die Auswirkungen auf die Tarifstruktur seien. Die Verbundunternehmen würden vor allem gestiegene Personal- und Energiekosten geltend machen. Im Vorfeld habe auf Initiative des Rems-Murr-Kreises am 26.03.2012 ein Workshop zur Weiterentwicklung des Tarifs stattgefunden, an dem auch die Kreistagsfraktionen beteiligt gewesen seien.

Die Kreisräte Riedel und Jäger kritisieren, dass die bei dem Workshop eingebrachten Argumente vom VVS nicht angenommen worden seien. So hätten sich die Kosten für die Scool-Abo innerhalb von 10 Jahren verdoppelt, wobei dieses noch immer nicht rund um die Uhr gelte. Auch auf die Tarifzoneneinteilung sei man nicht eingegangen.

Landrat Fuchs entgegnet, das Scool-Abo sei bereits aufgegriffen worden. Auch andere Angebote wie das Grundschulticket oder das Jahresticket „12 für 10“, würden im Tarifausschuss und in Arbeitsgruppen bearbeitet.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht über die VVS-Tarife 2012 zur Kenntnis. Der Vorschlag von Dr. Sigel, auch im kommenden Jahr einen Tarifworkshop mit dem VVS zu machen, wird begrüßt.

#### Auszüge:

1 GB Verkehr

### § 3

#### Künftiges Nachtverkehrsangebot und Antrag der FDP-FW-Fraktion

#### Drucksache 2012-13-UVA16.04. und Drucksache 2012-59-UVA11.07.

Kreisrat Dannenmann ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich in den Zuhörer-raum zurück.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Verkehrsdezernent Dr. Sigel erläutert die Drucksache 2012-59 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er verweist auf die Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 16.04.2012, in der die ersten Überlegungen zur Umstellung auf Nacht-S-Bahnen vorgestellt worden seien. Für den Anschlussverkehr sei eine „Luxus-„ und eine „Schmalspurvariante“ eingebracht worden. In der Zwischenzeit hätten zahlreiche Gespräche mit den Kommunen stattgefunden, um deren Wünsche und Bedürfnisse zu sammeln. Im Ergebnis bleibe nun eine modifizierte Schmalspur-Variante, die zwei Buslinien und zwei Rufautoverkehre vorsehe. Darüber hinaus rege die Verwaltung an, einen finanziellen Puffer vorzusehen, da derzeit nicht absehbar sei, wie das nächtliche S-Bahn-Angebot angenommen werde und welche Nachfrage nach Anschlussverkehren daraus resultiere.

Im Einzelnen beinhalte der Vorschlag der Landkreisverwaltung folgende Nachtverkehre:

1. Eine Buslinie auf der Strecke Waiblingen – Korb – Stetten – Rommelshausen.
2. Die Rufautoverkehre Backnang – Oppenweiler – Sulzbach/M. – und Backnang – Weissacher Tal sollen auf das Angebot der Nacht-S-Bahnen abgestimmt bzw. erweitert werden.
3. Es bestehe die Möglichkeit, zusätzlich einen Nachtbus von Kirchberg/Murr über die Teilorte von Aspach nach Backnang verkehren zu lassen. Diese Möglichkeit ergebe sich aus Standzeiten des regionalen Nachtbusses, die günstig genutzt werden könnten.

Insgesamt rechne die Kreisverwaltung mit Kosten in Höhe von rd. 82.000 € im Jahr, von denen der Landkreis nach Abzug der Fahrgasteinnahmen rd. 40.000 € zu tragen hätte. Hinzu kämen 20.000 € Puffer, so dass im Haushalt 2013 insgesamt 60.000 € eingeplant werden müssten.

Kreisrätin Dr. Fleischer verweist auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, den Komfortzuschlag bei den Rufautos abzuschaffen. Hierüber solle entschieden werden, wenn absehbar sei, wie die Umstellung angenommen werde. Sie bitte zudem um Informationen über den Nachtbus nach Kerzen.

Fachbereichsleiter Frank, Geschäftsbereich Verkehr, antwortet, die Linie von Waiblingen nach Kerzen und Korb bekomme einen anderen Streckenverlauf, da die Stadt Weinstadt nicht einbezogen werden wolle.

Kreisrätin Sturm und Kreisrat Jäger sehen in der Nacht-S-Bahn auch Vorteile für den Klimaschutz.

Kreisrat Beutel vertritt die Auffassung, dass die Mehrkosten bei der S-Bahn sinnvoll investiert seien, da künftig auch der Flughafen besser angebunden sei. Die übrigen Verbesserungen lehne er ab, da diese lediglich dem Freizeitverkehr dienen und somit eine Freiwilligkeitsleistung darstellen.

Kreisrat Riedel signalisiert Zustimmung seitens der SPD-Fraktion, da das Angebot verbessert werde. Er weist darauf hin, dass es nicht nur die junge Generation sei, die den Nachtverkehr nutze.

Kreisrat Hofer erklärt, die jetzt vorgeschlagene Variante sei weder Luxus noch Schmalspur. Er bitte um Auskunft, aus welchem Grund der VVS einen von der Verwaltung vorgeschlagenen Nachtzuschlag abgelehnt habe. Er fragt außerdem, aus welchem Grund beim Rufauto keine Haustürbedienung wie im Landkreis Böblingen erfolge.

Verkehrsdezernent Dr. Sigel antwortet, der VVS halte einen Nachtzuschlag für provinziell, widerspreche der Einheitlichkeit der Tarifstruktur und sei nicht praktikabel. Mit dem Beispiel Zürich – dort wird erfolgreich ein Nachtzuschlag erhoben – konnte die Verwaltung den VVS nicht überzeugen. Dr. Sigel räumt aber ein, dass er aufgrund des engen Zeitfensters auch Verständnis für organisatorische Probleme seitens des VVS habe. Dr. Sigel betont aber, dass man sich aus seiner Sicht seitens der Region früher Gedanken über die Finanzierung der Angebotsausweitung hätte machen müssen, da diese zu einem Großteil von den Verbundlandkreisen finanziert werden muss. Dr. Sigel erläutert weiter, dass er derzeit bemüht sei, zumindest über einen Tarifzuschlag Mehreinnahmen für den Landkreis zu erreichen, um zumindest einen Teil der Mehrkosten des Nachtverkehrs zu finanzieren. Mit Blick auf die Rufautoverkehre in Böblingen führt Dr. Sigel aus, dass diese anders strukturiert und auch teurer (2,50 Euro Komfortzuschlag) seien.

Kreisrat Hofer bittet darum, beim Nachtzuschlag weiter aktiv zu bleiben.

Landrat Fuchs sagt zu, dass das Thema nochmals mit der Geschäftsführung des VVS diskutiert werde.

Der Ausschuss beschließt en bloc mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt dem unter der Ziffer V. dargestellten Nachtverkehrsangebot für den Rems-Murr-Kreis zu.
2. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, das Nachtverkehrsangebot mit den beteiligten Unternehmen und Kommunen abzustimmen und einzurichten.
3. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsjahren 2013 – 2015 eingestellt. Im Haushaltsjahr 2013 werden Mittel in Höhe von 60.000 € veranschlagt.

Auszüge:

1 GB Verkehr

2 Kreistagsgeschäftsstelle

#### § 4

##### Förderung von dynamischen Anschlussinformationsanzeigern

##### Drucksachen 2012-16-UVA16.04. und 2012-60-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Verkehrsdezernent erläutert die Drucksache 2012-60 zusammenfassend.

Auf Frage von Kreisrätin Dr. Fleischer antwortet Landrat Fuchs, dass eine Bezuschussung durch Dritte angerechnet werde.

Der Ausschuss beschließt en bloc einstimmig den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Förderung von Anschlussinformationsanzeigern an ÖPNV-Verknüpfungspunkten im Rems-Murr-Kreis entsprechend der Förderrichtlinie (Anlage 1) unter Anrechnung von Drittmitteln eines Sponsors zu.
2. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von rd. 30.000 € werden im Haushalt 2013 veranschlagt.

##### Auszüge:

1 GB Verkehr

**§ 5**

Verwendung der FAG-Fördermittel

Drucksachen 2012-37-UVA18.06. und 2012-61-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Verkehrsdezernent erläutert die Drucksache 2012-61.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Den in der Drucksache 2012-61-UVA11.07. dargestellten Verkehrsverbesserungen im Jahr 2013, unter Verwendung der FAG-Fördermittel in Höhe von 434.500 Euro, sowie 20.400,- € aus dem Kreishaushalt des Jahres 2013 und bisher nicht benötigter Haushaltsmittel in Höhe von 25.400,- Euro wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Verkehr



**§ 6**

Wöchentliche Leerung der Biomülltonnen sowie Änderung der Abfallwirtschaftssatzung  
Drucksache 2012-62-UVA11.07.

Kreisrat Schäfer ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich in den Zuhörerraum zurück.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Die Kreisräte Jäger, Hofer und Ulrich begrüßen namens ihrer Fraktionen die Ausweitung der Biomüllabfuhr im Herbst.

Kreisrat Riedel bittet darum, die Mehrmengen zu erfassen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Der Zeitraum für die wöchentliche Leerung der Biotonnen (derzeit Mitte Mai bis Mitte September) wird verlängert. Im laufenden Jahr 2012 erfolgt die wöchentliche Leerung von Mitte Mai bis Mitte Oktober, ab dem Jahr 2013 von Mitte Mai bis Ende Oktober.
2. Die in der Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung wird beschlossen.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 GB Abfallwirtschaft

**§ 7**

Antrag der SPD-Fraktion zur Wertstoffsammlung

Drucksache 2012-63-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich:

Der Bericht zum Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 2012 zur Sammlung von Wertstoffen wird zur Kenntnis genommen.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 GB Abfallwirtschaft

## § 8

### Gründung eines Landschaftserhaltungsverbands RMK e.V.; Vorberatung Drucksachen 2012-20-UVA16.04 und 2012-64-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Erster Landesbeamter Friedrich erläutert die Drucksache 2012-64.

Kreisrat Beutel begrüßt die Einführung des Landschaftserhaltungsverbands (LEV). Wichtig sei es, Befürchtungen entgegenzutreten, dass mehr Bürokratie entstehe. Die CDU-Fraktion halte es für richtiger, die organisatorische Ansiedelung beim GB Landwirtschaft in Backnang vorzunehmen.

Kreisrätin Dr. Fleischer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße die Einrichtung des LEV. Es seien zwar auch kritische Stimmen von Seiten der Kommunen geäußert worden, vor allem wegen der anfallenden Mitgliedsbeiträge, nach ihrer Ansicht überwiege aber der Nutzen. So habe der LEV im Ostalbkreis, Fördermittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro akquirieren können.

Kreisrat Ulrich bezeichnet die Mitgliedschaft im LEV ebenfalls als sinnvoll, auch wenn der Beitritt vielerorts diskutiert worden sei. Mit dem LEV seien keine strengeren Auflagen verbunden, sondern es gehe darum, verstärkt Pflegemaßnahmen durchführen zu können. Er befürworte eine organisatorische Zuordnung bei der Unteren Naturschutzbehörde.

Kreisrat Riedel erklärt, ein LEV biete die Chance eines koordinierten Vorgehens und die Möglichkeit, mehr Fördergelder zu holen. Außerdem bedeute das EU-Programm Natura 2000 zusätzliche Aufgaben.

Kreisrat Ellwanger bittet zu beachten, dass es künftig keinen eigenen Pflgetrupp mehr gebe, sondern die Arbeiten vergeben würden, was mit hohen Kosten verbunden sei. Es stelle sich die Frage, ob die Grundstückseigentümer verpflichtet werden könnten.

Kreisrat Hofer unterstützt die Gründung des LEV. Der große Vorteil sei, dass die verschiedenen Akteure zusammengeführt würden. Er habe Zweifel, dass das Land die 1,5 Stellen dauerhaft finanziere. Außerdem habe die landesweite Gründung von LEV's zur Folge, dass sich die Fördermittel verteilen würden. Die Abschaffung des Pflgetrupps bedeute auch, dass „Indianer“ abgebaut und

zusätzlich „Häuptlinge“ geschaffen würden.

Kreisrat Jäger berichtet, dass sich auch die Gemeinde Großerlach beteiligen werde. Er plädiere für eine Ansiedelung beim GB Landwirtschaft.

Kreisrätin Sturm bittet um Auskunft, wie mit den Kommunen umgegangen werde, die nicht Mitglied würden.

Kreisrätin Wilhelm fragt, wer die Pflegemaßnahmen bezahle, wenn es den Pfeletrupp des Kreises nicht mehr gebe.

Landrat Fuchs erklärt, die vorstehenden Redebeiträge hätten die bisherige Diskussion um die Gründung des LEV gut umschrieben, zumal es auch Zweifel gegeben habe. Wichtig sei, dass das besondere Landschaftsbild des Kreises erhalten werde. Die Natura 2000-Flächen würden aber 5.200 ha umfassen, die entsprechende Management-Pläne für die Kultivierung erfordern würden. Die Personalausstattung bestehe aus 2 Vollzeitkräften, bestehend aus einem Gesamtkoordinator und einer Servicekraft. Der Leiter des Pfeletrupps werde dabei eingebunden. Er sehe die organisatorische Angliederung bei der Unteren Naturschutzbehörde, da es hier eine stärkere Vernetzung gebe. Dies schließe eine Einbindung des GB Landwirtschaft nicht aus. Er gehe von davon aus, dass die Fördermittel dauerhaft gewährt würden. Die Kommunen, die nicht Mitglieder würden, seien auch nicht an der Förderung beteiligt. Bereits jetzt sei ein Teil der Pflegemaßnahmen an Dritte vergeben worden. Für die Naturdenkmale seien die Großen Kreisstädte naturschutzrechtlich zuständig; im Übrigen treffe jede Kommune eine Pflegeverantwortung für ihre eigenen Grundstücke. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Hofer, im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsplan werde nochmals thematisiert, ob es außer Fördermitteln auch andere Finanzquellen gebe.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes im Rems-Murr-Kreis zusammen mit weiteren Partnern aus Kommunen, Landwirtschaft und Naturschutzverbänden vorzubereiten und umzusetzen.
2. Der Rems-Murr-Kreis wird einem noch zu gründenden „Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr-Kreis e.V.“ beitreten und sich mit einem Mitgliedsbeitrag daran beteiligen.



Auszüge:

1 Dezernat 4

1 GB Umweltschutz

**§ 9**

Sanierung der Remsbrücke in Waiblingen-Beinstein

Drucksache 2012-65-UVA11.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ausschreibung und Vergabe der Instandsetzungsmaßnahme der Remsbrücke bei Beinstein im Zuge der K 1859 im Rahmen des Kostenvoranschlags durchzuführen.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 GB Straßen

## § 10

### Verschiedenes

Landrat Fuchs berichtet über den Mobilitätsgipfel der Landesregierung am 18.06. 2012 und erläutert die Planungen und Prioritätenliste des Landes für Bundes- und Landesstraßen anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Das Land wolle in einem 10-Jahres-Plan den Schwerpunkt auf die Erhaltung der Landesstraßen und weniger Neu- und Ausbauten vornehmen. Es seien jedoch Ortumfahrungen für die L 1080 Allmersbach im Tal, L 1148 Miedelsbach, und L 1140 Winterbach vorgesehen. Ausgebaut werden sollen die L 1120 Kaisersbach bis Fornsbach, L 1127 Winnenden bis zur Kreisgrenze Richtung Affalterbach sowie die L 1147 Schorndorf – Oberberken. Er weist darauf hin, dass zum Teil auch Kritik über diese Planungen geäußert werde, da diese von den Kommunen nicht mehr gefordert worden seien und es Befürchtungen gebe, dass überörtlicher Verkehr angezogen werde. Staatssekretärin Splett komme am 30.07.2012 zu einem Gespräch nach Winterbach. Der Teilnehmerkreis sei allerdings noch offen, da ursprünglich von Frau Häffner MdL, nur Vertreter aus dem Wahlkreis Schorndorf eingeladen gewesen seien.

Kreisrat Oetinger bittet zu beachten, dass wohl auch entscheidend sei, wie der Bund Mittel zur Verfügung stelle. Er verweise den Sanierungsstau bei den Landesstraßen in der Vergangenheit und dass nun endlich eine Maßnahmenliste zur Verfügung stehe. Wichtig sei, dass das Land etwas im Bereich Landesstraßen unternehme. Es könne nicht sein, dass nur der Kreis seiner Pflicht nachkomme.

Kreisrätin Wilhelm zeigt sich empört über die Zurückstellung des Weiterbaus der B 14 und appelliert an Landrat Fuchs, sich um einen schnellen Weiterbau zu bemühen

Landrat Fuchs unterstützt die Hoffnung, dass das Land die Mittel für die Straßenunterhaltung aufstocke. Zu bemängeln sei auch, dass die L 1115 Backnang – Großbottwar ausgeklammert werde.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert